

Prof. Dr. Dieter Buchberger für die Fraktion der ÖDP zum TOP Ratsbegehren Flughafen, es gilt das gesprochene Wort am 1.10.2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst möchte ich noch kurz auf meine Vorredner eingehen.

Zunächst zu Kollegen Gutermann: Es ist nicht richtig, dass es sich um eine nie dagewesene Solidaritätsbekundung im Allgäu handelt. Bereits zur einmaligen Anschlussfinanzierung haben sich die Allgäuer Gebietskörperschaften zusammengetan.

Zu Kollegen Börner: Im Text des Bürgerbegehrens wird nicht die Unwahrheit behauptet. Der Inhalt wurde ja durch die Rechtsaufsicht geprüft und für richtig befunden.

Nun zum Sachverhalt: Die Bürger haben gesprochen. Sie haben in einem Bürgerbegehren aufbegehrt gegen die Hinterzimmer-Politik der Mehrheit des Stadtrats. Innerhalb weniger Wochen haben fast 8% der Memminger BürgerInnen ihren Unmut gegen die Politik des Stadtrats zu Papier gebracht. Dies geschah unter Aufgabe der Anonymität durch eine rechtsverbindliche Unterschrift. Viele Bürger, die Mitarbeiter bei Flughafenunternehmen sind, teilten uns mit, dass sie zwar für das Begehren seien, aber wegen Sorge um den Datenschutz nicht unterschreiben wollten. **Diese Vorbehalte bezüglich des Datenschutzes teile ich ausdrücklich nicht.** Doch hätten sonst noch mehr Bürger unterschrieben.

Ein Stadtrat muss die Interessen von Bürgerschaft, Industrie und Umwelt ausgewogen betrachten und sich eine eigene Meinung bilden. Dies aber war unserer Ansicht nach im Entscheid vom Juli nicht der Fall. Es lag kein Wertgutachten, kein Pachtvertrag für das zu erwerbende Gelände, kein Schadensbericht zur Kanalisation, kein Gutachten zu den auf dem Gelände vorhandenen Altlasten, keine Kostenübernahmeerklärung des Flughafens, keine Kostenschätzung zu Entfernung der angeblich (lt. Airport-Befürworter anlässlich des Bürgerentscheids 2005) nicht abreißbaren Gebäude, ... Diese Liste ließe sich wohl noch um viele weitere Positionen fortsetzen, die ein Kaufmann, der mit anvertrautem Geld handelt, zunächst prüfen würde. Das PWC-Gutachten, auf das seitens des Obs nebulös verwiesen wurde, sagt ausdrücklich aus, dass eine Vielzahl dieser Dinge nicht geprüft wurde und versieht seinen Wertansatz mit einem dicken Fragezeichen.

Dem Stadtrat wurde verschwiegen, dass er die Grundstücke nicht zur Förderung der Wirtschaft, sondern ausschließlich zu fliegerischen Zwecken nutzen kann. Nicht einmal unserem Oberbürgermeister ist anscheinend bekannt, was das Luftamt zur Nutzung der Grundstücke auf Nachfrage mitteilte. Eine Nutzung anders als vorgesehen bedarf einer luftrechtlichen Genehmigung, also eines Planfeststellungsbeschluss'. Das letzte Planfeststellungsverfahren füllte 4 große Ordner und kostete mehrere 100.000 Euro. Ein luftrechtliches Verfahren ist weitaus komplizierter als ein klassisches Bebauungsplanverfahren.

Wenn unser Oberbürgermeister allen Ernstes erklärt, er wolle die Parkplätze eines angeblich um den Faktor 4 wachsenden Flughafens zu einem Industriegelände umwandeln, dann muss er sich die Frage gefallen lassen, ob er hier nicht das Manuskript der Prunksitzung eines Karnevalvereins mit seinem Manuskript zur Stadtratssitzung verwechselt hat. Die Wahrheit ist: Die Stadt Memmingen will dem mit der Insolvenz kämpfenden Airport einen Millionenbetrag zuschieben. Doch die Memminger Bürger haben den Trick des Stadtrats durchschaut. Sie wissen, dass das zum Kauf stehende Gelände für die Stadt keinen Wert hat. Was will die Stadt mit Parkplätzen, Altlastenverdachtsflächen und Hallen mit fast 25 m Höhe. Was will die Stadt mit einem Triebwerkstestfeld?

Wir freuen uns, dass sich die Memminger Bürgerschaft mit einem überwältigenden Votum hinter unseren Antrag vom Juli gestellt hat und einen Bürgerentscheid respektive ein Ratsbegehren fordert. Dieser Antrag wurde im Juli von 32 Stadträten abgelehnt. Nun, gerade drei Monate später fordern

wohl genau diese 32 Stadträte nun doch ein Ratsbegehren. Ist das glaubwürdige Politik? Wir sind der Meinung, dass ein Ratsbegehren nun eigentlich überflüssig ist und das Begehren der Bürger übernommen und das Maß für das Handeln des Stadtrats in dieser Sache werden sollte.

Doch große Teile des Stadtrats sind anscheinend fest entschlossen, das Wort das sie vor 10 Jahren der Bürgerschaft gaben, 200.000 Euro als „einmalige“ Finanzspritze, zu brechen. Es ist schon ein starkes Stück, wenn die notwendige Anschubfinanzierung sich um den Faktor 11,75 erhöht, von vormals 200.000 Euro auf nun geplante 2,15 Mio Euro zuzüglich dieser 200.000 Euro. Dies umso mehr, wenn man weiß, dass dieser Betrag bei weitem nicht reicht. Einer der anerkanntesten deutschen Flughafen-Gutachter, derzeit für die CDU in Berlin tätig, Herr Faulenbach da Costa, schätzt den Aufwand für die geplante Ertüchtigung der flugbetrieblichen Anlagen auf 110 Millionen Euro. In zwei oder drei Jahren ist wohl mit dem nächsten Millionen-Zuschuss rechnen. Gestern hat nebenbei bemerkt schon wieder ein Regionalairport, nämlich Lübeck, zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres Insolvenz angemeldet. Auch dort buttert die Kommune immer wieder „letztmalig“ zu.

Kolleginnen und Kollegen: Bitte seht endlich ein, dass wir hier in ein Fass ohne Boden investieren. Der Airport bringt keinen Nutzen für uns.

Ich darf aus aktuellem Anlass die Kleine Zeitung in Graz vom 20.9., aviation .net vom 18.9. und diverse andere Medien zitieren. Die berichten, dass innerdeutschen Strecken ab Memmingen wieder einmal gestrichen werden. Intersky steht vor dem Aus und die Österreichische Luftaufsicht hat mit einer Sonderprüfung begonnen. Wozu sollen wir einen Flughafen finanzieren, dessen wichtigste Verbindung nach Mallorca geht. Stuttgarter Flugdienst, DauAir, die OLT, Tuifly, Airberlin, Flytourope, Germanwings und Intersky, mithin also 8 Fluggesellschaften haben bereits erfolglos innerdeutsche Strecken angeboten. Gibt es einen besseren Beweis dafür, dass dieser Flughafen unnötig ist?

Die Industrie wollte den Flughafen für – wie es in den Gerichtsakten von 2005 aktenkundig ist – 8 Millionen Euro, davon 3 Millionen Steuergelder ausbauen. 2015 sollte er bereits mit 315.000 Passagieren dicke Gewinne machen und alle Verluste der Vergangenheit aufgeholt haben. Die Einrichtungen sollten besser als in Friedrichshafen sein. Die Realität sieht diametral anders aus. Es ist daher an der Zeit den „Abenteuerflughafen“ (zitiert aus Interview des Handelsblatt mit W.E. Schultz) auf eigene Füße zu stellen und vom Tropf des Steuerzahlers abzunabeln oder zu schließen. Wie vielleicht nicht alle der Anwesenden hier wissen, sind bereits weit über 10 Millionen Steuergelder in den Airport geflossen. Die Finanzierung der Kommunen soll gemeinsam mit staatlichen Mitteln eine Summe von vorerst weiteren rund 20 Millionen Euro locker machen. 20 Millionen Euro und weitere 20 Millionen Euro für eine Sache, die wir nicht brauchen.

Tausende Schulkinder, Ältere, Kranke und Behinderte leiden Tag für Tag unter dem schlechten Memminger ÖPNV. Statt den Weg von zu Hause zur Schule, in die Stadt oder zum Arzt oder Krankenhaus zu verbessern, sollen wir nun dafür sorgen, dass der Weg zum Besäufnis am Ballermann billiger wird. Wir brauchen unser Geld dringend für den ÖPNV. Wir brauchen es für die Einstellung von Raumpflegepersonal bei der Stadt zu ordentlichen Löhnen, statt zu Mindestlöhnen bei einer Tochterfirma. Wir brauchen es zur Beleuchtung von Radwegen, die durch den Wald führen. Wir brauchen es für den beschleunigten Umbau des Hallenbades und für verlängerte Öffnungszeiten. Wir brauchen es, um die Gebühren für das Bürgerstift nicht noch weiter anheben zu müssen.

Herr Oberbürgermeister, sie sprachen vorher von 15.000 Arbeitsplätzen, die die am Flughafen beteiligten Unternehmen in unmittelbarer Umgebung des Airports haben. Das entspricht bei 200.000 Euro Umsatz pro Mitarbeiter dann rund 3 Milliarden Umsatz. Die 8,2 Millionen Euro Finanzspritze die nun die Gebietskörperschaften bringen sollen, wären von diesen Unternehmen aus der Portokasse zu bezahlen, wenn der Airport wirklich einen Wert für diese hätte. Dennoch aber sollen nun die Gebietskörperschaften einspringen.

Kolleginnen und Kollegen, Ihr wisst das genauso gut wie ich... auch die Industrie will nicht Millionen von Euro in den Sand setzen. Darum zieht sie sich aus der Finanzierung des angeblich hoch rentablen Airports zurück und überlässt uns ihre Grundstücke, die sie seit zehn Jahren nicht verkauft bekommt. Wir wollen die auch nicht.

Darum fordern wir euch auf: Stimmt gegen das Ratsbegehren und übernehmen Sie den Text des Bürgerbegehrens als Stadtratsbeschluss.

Ich stelle hiermit den Antrag, zunächst über die Annahme des Bürgerbegehrens und dann erst über das Ratsbegehren abzustimmen.